

RHEINISCHE POST

NR.
2,50 €

ZEITUNG FÜR POLITIK UND CHRISTLICHE KULTUR



OLYMPISCHE SPIELE

Sideris Tasiadis paddelt im Canadier-Einer zur Bronzemedaille. Sport

MEDIZIN

Was Ärzte bei einer Spiegelung des Kniegelenks erfahren. Gesundheit

RICHARD-WAGNER-FESTSPIELE

Erstmals dirigierte mit Oksana Lyniv eine Frau das Orchester. So meisterte sie die Premiere in Bayreuth. Kultur



DÜSSELDORF

LOKALES

Viele Schwangere ohne Hebamme



Die Zahl der Geburten in Düsseldorf steigt. Doch der Mangel an Hebammen ist groß. Das wird vor allem in Ferienzeiten offensichtlich.

SEITE C1

KULTUR

Generationskampf im Malkasten

Seit 1848 gibt es den Künstlerverein. Bald könnte erstmals eine Frau zur Vorsitzenden wählen: Susanne Ristow will mehr Transparenz.

SEITE C2

DÜSSELDORFER SÜDEN

Der Deich der Itter in Benrath wird saniert

Die Mündung soll später renaturiert werden. Die Bezirksregierung hat die Pläne des Bergisch-Rheinischen Wasserverbands genehmigt.

SEITE D5

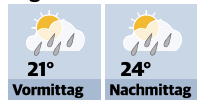
ZITAT

„Spielen ist ein Grundphänomen des Menschen, das auch nach der Kindheit eine große Rolle spielt.“

Jens Junge, Ludolgie (Spieleforscher)

WETTER

Erst trocken, später Regenschauer



Vormittag 21° Nachmittags 24°

RP KONTAKT
Leserservice 0211 505-1111,
Mo.–Fr. 6.30–16 Uhr, Sa. 6.30–12 Uhr
www.rp-online.de/leserservice
Anzeigenservice
0211 505-2222, Montag–Freitag 8–18 Uhr
www.rp-online.de/anzeigen

RP-ONLINE.DE

LINKS AUSSEN

Milliardäre haben's auch nicht leicht. Jeff Bezos zum Beispiel. Seine Freundin Lauren Sánchez ist Helikopterpilotin. Klingt toll, kollidiert aber mit den Plänen für Bezos' im Bau befindliche Super-, Mega-, Giga-, Ultra-, ach was: Hyperacht. Die „Y721“ soll schlank 500 Millionen Dollar kosten, 127 Meter lang werden – und drei Masten samt Segeln bekommen. Traurig ist, dass sich dieser Look nicht mit einem Helikopter-Landeplatz verträgt. Deshalb soll es ein Beiboot geben, als schwimmenden Landeplatz. Was sollen denn da die Nachbarn denken? Schlimmer noch: Womöglich lassen sich die Schiffe nicht lenken – weil Bezos nichts bezahlen will, in dem das Wort „Steuer“ vorkommt. Toj



4 190586 802108 2 0030

Es war einmal das Warenhaus

Galeria Karstadt Kaufhof steht vor dem nächsten Umbau. Vom Kaufhaus alter Art, wie es jahrzehntlang die Innenstädte prägte, bleibt nicht mehr viel. Selbst die traditionsreichen Namen sind jetzt bedroht.

Wirtschaft

Karstadt-Stammhaus in Wismar



FOTO: BPA

NRW verspricht: Keine Impfpflicht

Landesregierung und Patientenschutz stellen sich gegen die Vorstöße aus dem Kanzleramt. Die SPD-Landtagsfraktion fordert mit Blick auf das neue Schuljahr, unabhängig von den Empfehlungen alle Jugendlichen ab zwölf Jahren zu impfen.

VON MAXIMILIAN PLÜCK

DÜSSELDORF Patientenveterane haben sich alarmiert über die Debatte um eine Impfpflicht in Deutschland gezeigt. Eugen Brysch, Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, sagte unserer Redaktion, es sei brandgefährlich, öffentlich über eine Impfpflicht zu sinnieren. „Vielmehr gilt es, die Skeptiker mit Argumenten zu überzeugen. Kern einer solchen Debatte muss der Selbstschutz vor Corona sein.“ Brysch warf der Bundesregierung vor, diese Debatte zu scheuen. „Damit überlässt sie den Impfgegnern und Verschwörungstheoretikern das Feld. Genau das geschieht jetzt in Frankreich. Niemand kann hierzulande ein Interesse haben, mit der Polizei eine Impfpflicht durchzusetzen.“

Auch aus Nordrhein-Westfalen kommt vehementer Widerstand. Nach Ministerpräsident Armin Lascher (CDU) hat sich sein Stellvertreter, Familienminister Joachim Stamp (FDP), gegen eine Verpflichtung ausgesprochen: „Wir haben ge-

sagt, dass es zur Bekämpfung dieses Virus keine Impfpflicht geben wird. Auf diese Zusage müssen sich alle Bürgerinnen und Bürger verlassen können.“ Stamp forderte stattdessen weitere niedrigschwellige Angebote, um die zu erreichen, die noch skeptisch seien. „Denn nur Impfen hilft dauerhaft gegen die Pandemie. Daher: Überzeugung statt Zwang.“ Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) sagte, er habe sich mehrfach gegen eine Impfpflicht ausgesprochen: „Ich möchte aber klarstellen, dass für mich die Impfung zur Ethik bestimmter Berufe, etwa dem Pflegenden oder dem lehrenden Beruf, dazugehört.“ Es sollte selbstverständlich sein, dass jemand, der zum Beispiel andere Menschen pflege, alles dafür tue, seine Patienten vor der Ansteckung mit Covid zu schützen.

Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Peter Preuß, wies auf Maßnahmen zur Erhöhung der Impfbereitschaft hin: „Beispielsweise hat die Landesregierung in NRW gerade eine

Aufklärungskampagne in 19 Sprachen gestartet.“ Es gebe auch keinen Grund, Geimpften und Immunen ihre Grundrechte weiter vorzuenthalten. „Abschbar und nachvollziehbar ist aber auch, dass – losgelöst von gesetzlichen und politischen Maßnahmen – Hoteliers, Restaurantbesitzer, Betreiber von Altenheimen oder Fluggesellschaften schauen werden, wie sie ihre Gäste, Bewohner und Mitarbei-

ter auch künftig schützen und auch Schließungen vermeiden können.“

INFO

Im Land gilt jetzt Inzidenzstufe 1

Regel Die Landesinzidenzstufe in Nordrhein-Westfalen ist am Montag von 0 auf 1 gerückt. Sie gilt, wenn die Sieben-Tage-Inzidenz über 10, aber unter 35 liegt.

Folge Das bedeutet strengere Einschränkungen mit überregionaler Bedeutung – auch für Kreise und Städte mit lokaler Stufe 0.

Grünen-Fraktionschefin Josefine Paul forderte, sowohl für die Menschen einfach zugängliche Impfangebote auszubauen – etwa mit mobilen Impfteams – als auch verstärkt mehrsprachig aufzuklären. „Andere Bundesländer werben bereits speziell um die Impfbereitschaft, besonders gefährdeter Personen, beispielsweise in den Grenzregionen mit Grenzverkehr“, sagte Paul.

Das Gesundheitsministerium geht davon aus, dass in NRW rund 80 Prozent der Bürger bereit sind, sich impfen zu lassen. Ein Sprecher erklärte, man forcire niedrigschwellige Impfangebote, etwa durch mobile Impfteams oder Impfungen ohne Termine. Er verwies zudem darauf, dass seit Mai Stadtteilimpfungen, seit Juli auch an anderen Standorten Impfungen durchgeführt würden. „Die Kommunen haben im Rahmen der ‚Woche des Impfens‘ zahlreiche unterschiedliche mobile Impfungen organisiert, von der Impfung vor ei-

nem Einkaufsmarkt, über Impfungen am Hauptbahnhof und im Fitnesscenter bis hin zu Moscheen.“

Unterdessen forderte SPD-Fraktionschef Thomas Kutschay das Land dazu auf, auch unabhängig von der Empfehlung der Ständigen Impfkommission eine Impfung von Kindern ab zwölf Jahren zu ermöglichen, damit es nicht nach den Ferien wieder zu Distanz- und Wechselunterricht komme. Es sei zwar ein Fortschritt, dass das Land zumindest Jugendlichen mit Vorerkrankungen eine Impfung ohne Termin ermögliche. Kutschay forderte aber eine umgekehrte Logik, wonach alle Kinder ab zwölf Jahren geimpft werden könnten, es sei denn, es gebe medizinische Vorbehalte. „Spätestens ab dem ersten Schultag erwarte ich mobile Impfteams an den Schulen in NRW, wo nach guter Aufklärung durch medizinisches Fachpersonal gemeinsam mit den Eltern entschieden werden kann, dass Kinder auch geimpft werden können, die das wollen.“

Politik

Verband sieht 10.000-Jahre-Flut

Die Wasserplaner an der Erft fordern zügige Konsequenzen und schnellere Verfahren.

BERGHEIM (maxi) Der Chef des Erftverbands, Bernd Bucher, hat Vorkerkungen für künftige Hochwasser gefordert. Der Vorstand des Wasserwirtschaftsverbands sagte unserer Redaktion: „Bei den jüngsten Ereignissen handelt es sich nicht um ein Jahrhunderthochwasser. Die Dimension ist viel gewaltiger. Das hat die Größenordnung eines über 100.000-jährlichen Ereignisses.“ Allerdings steige durch den Klimawandel die Wahrscheinlichkeit großer Hochwasser vermutlich. „Der technische Hochwasserschutz stößt in diesen Fällen an seine Grenzen. Dennoch müssen jetzt noch einmal alle Schutzmaßnahmen überprüft werden“, sagte Bucher.

Allein in NRW waren beim jüngsten Hochwasser vor knapp zwei

Wochen 47 Menschen gestorben; insgesamt kamen mindestens 179 Personen um. In Erfstadt hatte das Unwetter einen riesigen Graben gerissen und Häuser zerstört.

Deiche, Dämme oder Rückhaltebecken könne man „allerdings nicht beliebig hinzubauen“, fügte Bucher hinzu: „Und auch jedes technische Gebäude kann versagen.“ Wenn ein Damm breche, verschlimmere das die Lage womöglich. Bucher kritisierte, dass die Umsetzung zu lange dauere: „Zumal die Widerstände in der Regel drei Jahre nach einem Hochwasser deutlich größer werden.“ Die Erinnerung an die schweren Folgen verblassten, die Nachteile wie geänderte Verkehrsführungen und Eingriffe in die Landschaft lösten dann große Vorbehalte aus.

Die zweite Säule des Hochwasserschutzes sei die Renaturierung von Gewässern. Bucher: „Wir müssen dem Fluss wieder mehr Raum geben, in den er sich im Hochwasserfall schadlos ausbreiten kann. Das bedeutet aber auch, dass wir diese Räume noch konsequenter von Siedlungen freihalten müssen.“ Die dritte Säule schließlich sei die Verhaltensvorsorge: „Eine bundeseinheitliche Information wäre schon wünschenswert, aber vieles muss dann im Katastrophenfall vor Ort entschieden werden. Zudem sollten die Menschen besser informiert werden, wie sie Eigenvorsorge und Eigenschutz leisten können. Nicht alles an Vorkehrungen kann der Staat leisten“, sagte Bucher.

Politik

Grüne kündigen neues Programm für Klimaschutz an

BERLIN (dpa/trt) Als Reaktion auf die Hochwasserkatastrophe wollen die Grünen ihre Vorschläge für ein Klimaschutz-Sofortprogramm für die ersten 100 Tage einer neuen Bundesregierung aktualisieren. Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock kündigte ein entsprechendes Papier an. Sie stellte zudem ein Zehn-Punkte-Papier für Verbesserungen beim Bevölkerungsschutz und bei der Katastrophenhilfe vor. Sie forderte unter anderem eine Zentralstellenfunktion des zuständigen Bundesamtes. Dafür müsste das Grundgesetz geändert werden. Zuvor hatte Baerbock um Entschuldigung dafür gebeten, in einem Interview das „N-Wort“ benutzt zu haben. Das sei falsch gewesen, twitterte sie.

Leitartikel, Politik

Benedikt XVI. kritisiert deutsche Katholiken

FREIBURG (kna) Der frühere Papst Benedikt XVI. hat Vertreter der katholischen Kirche in Deutschland kritisiert. „Solange bei kirchenamtlichen Texten nur das Amt, aber nicht das Herz und der Geist sprechen, so lange wird der Auszug aus der Welt des Glaubens anhalten“, schreibt er auf Fragen der Zeitschrift „Herder-Korrespondenz“. Der 94-Jährige lebt seit seinem Rücktritt 2013 zurückgezogen in einem ehemaligen Kloster im Vatikan. Weiter betont er, auch in kirchlichen Krankenhäusern, Schulen und bei der Caritas „wirken viele Personen an entscheidenden Stellen mit, die den inneren Auftrag der Kirche nicht mittragen und damit das Zeugnis dieser Einrichtung vielfach verdunkeln“.

Leitartikel, Kultur